

Südwest Presse Ulm vom 14.03.2008

Weg frei für Islamunterricht

Angebot an deutschen Schulen als Kampfansage gegen Hassprediger

Dort, wo muslimische Eltern dies wünschen, soll an deutschen Schulen Islamunterricht stattfinden. Baden-Württemberg hat bereits Erfahrungen.

Berlin An deutschen Schulen soll islamischer Religionsunterricht eingeführt werden. Darauf einigte sich die dritte Islamkonferenz in Berlin. "In nicht allzu ferner Zeit werden wir dort, wo es den Wunsch dafür gibt und den Bedarf, islamischen Religionsunterricht an deutschen Schulen haben", sagte Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU). Teils gegensätzliche Ansichten bei den Vertretern der 3,3 Millionen Muslime erschwerten eine Einigung in anderen Punkten. Die größte Auseinandersetzung gab es dem Vernehmen nach über die Empfehlung, nach der die Muslime die "Werteordnung des Grundgesetzes" beachten sollen.

Noch bestehen hohe Hürden, bevor deutsche Schulen Suren des Koran und islamische Gebete lehren. "Dazu brauchen die Länder Partner", sagte Schäuble. Voraussetzung sei, dass sich der Islam als nachhaltig anerkannte Religionsgemeinschaft etabliere. Er räumte indirekt ein, dass einige Vertreter der Konferenz die neutrale Islammkunde befürworteten, die es in der Hälfte der Bundesländer bereits gibt. Schäuble will mit ordentlichem Islam-Unterricht Hasspredigern Konkurrenz machen.

Baden-Württemberg hat bereits Erfahrungen mit Islamunterricht gesammelt. Seit dem Schuljahr 2006/2007 wird an zwölf Grundschulen im Land islamischer Religionsunterricht erprobt. Der Islam sunnitischer Prägung wird an zehn, die alevitische Glaubensrichtung an zwei Standorten vermittelt. Der Unterricht der 505 teilnehmenden Schüler wird von Lehrkräften der jeweiligen Glaubensgemeinschaft in deutscher Sprache erteilt. Der auf vier Jahre angelegte Modellversuch soll 2010 ausgewertet werden. Sollten die bis dahin gesammelten Erfahrungen positiv sein, soll das Angebot ausgeweitet werden. "Ich kann mir vorstellen, den Islamunterricht dann auf weitere Grundschulen auszuweiten", sagte Baden-Württembergs Kultusminister Helmut Rau (CDU). Die bisherigen Erfahrungen seien positiv.

Der Schulexperte der SPD-Landtagsfraktion, Frank Mentrup, forderte die Landesregierung zu mehr Anstrengungen bei der Ausbildung von Lehrkräften für islamischen Religionsunterricht auf. Baden-Württemberg sei dank des Modellprojekts gut aufgestellt. Nun müsse es darum gehen, das Angebot möglichst schnell auszudehnen. dpa/rol
